

Charles Moore, ein erzkonservativer britischer Kolumnist, kritisiert die grenzenlose Habgier der Reichen und fragt sich, ob die Linken mit ihren Bedenken gegen uneingeschränkt "freie Märkte" nicht recht haben könnten.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 135/11 – 22.08.11

**Ich beginne zu denken,
dass die Linke tatsächlich recht haben könnte**
Mit dem Abhörskandal in Großbritannien, der Krise in der Eurozone und
dem US-Wirtschaftsdebakel haben es wenige Habgierige geschafft,
die Menschen zu desillusionieren und die Demokratie zu diskreditieren

Von Charles Moore
The Telegraph, 22.07.11

(<http://www.telegraph.co.uk/news/politics/8655106/Im-starting-to-think-that-the-Left-might-actually-be-right.html>)

Nach 30-jähriger journalistischer Tätigkeit hat sich mir in dieser Woche eine Frage aufgedrängt, die ich mir jetzt einfach stellen muss: Hat die Linke am Ende vielleicht doch recht? Könnte das immer wieder von der Linken gebrauchte Argument, der von der Rechten so gefeierte "freie Markt" sei nur eine Fiktion, tatsächlich stimmen?

Die Reichen betreiben ein globales System, das es ihnen ermöglicht, ihr Kapital zu akkumulieren und den niedrigstmöglichen Preis für die Arbeit zu bezahlen. Die Freiheit, die daraus erwächst, kommt nur ihnen zugute. Die vielen anderen Menschen müssen immer mehr arbeiten, unter Bedingungen, die immer unsicherer werden, damit sich die wenigen wirklich Vermögenden noch mehr bereichern können. Die demokratischen Institutionen, die eigentlich dem Gemeinwohl dienen sollen, wurden von Bankiers, Medienmogulen und anderer Oligarchen gekauft, die eh schon alles beherrschen und besitzen.

In den 1970er und 1980er Jahren wäre vor allem in Großbritannien niemand auf diese Gedanken gekommen, weil damals die Gewerkschaften der Hemmschuh waren. Sie versuchten überflüssig gewordene Jobs zu erhalten und behinderten die Schaffung moderner Jobs. Unter "Arbeitskampf" verstanden sie nicht die Produktion von Waren und Dienstleistungen, die Menschen kaufen wollen, für sie bedeutete das nur Streik. Die sichtbarste Form der Unterdrückung der Arbeiter waren die Streikposten. Das wichtigste Merkmal des von Arthur Scargill (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Arthur_Scargill) organisierten Bergarbeiterstreiks, war seine Weigerung, die Arbeiter darüber abstimmen zu lassen.

Das deutlichste Symptom der Enttäuschung der Bevölkerung über die Linke war gegen Ende der 1970er Jahre zu beobachten, als die Auflage der von Robert Murdoch verlegten Sun (der britischen Bild, s. http://de.wikipedia.org/wiki/The_Sun), die Margaret Thatcher unterstützte, die des traditionell der Labour Party nahestehenden Daily Mirror (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Daily_Mirror) erreichte und übertraf. Die arbeitende Bevölkerung wollte die Ketten abwerfen, mit denen die Bourgeoisie sie laut Karl Marx gefesselt hatte, und wollten selbst zur Bourgeoisie gehören, die Marx hasste. Die Analyse ihrer eigenen Situation erwies sich im Wesentlichen als richtig. Der zunehmende Wohlstand und die in den folgenden 20 Jahren gewonnene Freiheit gaben ihnen recht.

Nachdem in den letzten vierzehn Tagen der Murdoch-Skandal ans Licht gekommen ist, werden wohl nur noch wenige bestreiten, dass sich ein internationaler Konzern rücksichts-

los seinen Weg freigeräumt und freigekauft hat, um Parteiführungen, die Polizei und und Verwaltungsvorgänge kontrollieren zu können. (Der britische Premierminister) David Cameron versuchte sich geschickt aus der Affäre zu ziehen, in die er durch eigenes Verschulden geraten ist, und gab nur so viel zu, wie er unbedingt musste. Murdoch selbst hat vor dem Medienausschuss des Unterhauses wie ein müder alter Pate ausgesagt, er sei so häufig von Premierministern hofiert worden, dass er sich wünschte, in Ruhe gelassen zu werden.

Die Linke lag mit ihrer Behauptung richtig, dass Rupert Murdoch seine Macht für anti-soziale Zwecke nutzte. Die Rechte – zu der ich in diesem Kontext auch die New Labour Party Tony Blairs und Gordon Browns rechnen muss – war zu träge, um das zu bemerken, auch weil sie Populismus mit Demokratie verwechselte. Eines der Hauptargumente Murdochs für die Informationsbeschaffung (durch kriminelle Abhörpraktiken), die er zur ständigen Vergrößerung seines Multimedia-Konzerns ausnutzte, war die Berufung auf den Informationsdurst "seiner Leser". Dabei haben seine Zeitungen News of the World und The Sun ihren Lesern in den letzten Jahren viel zu wenige Informationen geliefert, und sie eher daran gehindert, sich ein politisches Urteil zu bilden. Seine Zeitungen haben nur seine Macht gestärkt und nicht das politische Urteilsvermögen seiner Leser. Als die erfuhren, mit welchen Methoden sich die News of the World ihre Informationen verschaffte, unterstützten sie die Zeitung nicht mehr.

Es hat mich überrascht, bei Mitverteidigern der freien Presse zu lesen, wie bedauerlich es sei, dass die News of the World eingestellt werden musste. Wegen ihrer Beschränktheit, ihres geringen Niveaus, ihrer Vorliebe für Gräueltatsberichterstattungen und ihrer Methoden war die Zeitung eine Schande für die freie Presse. Man hätte sie zwar nicht verbieten sollen, aber es sollte ihr auch niemand nachtrauern. Das wäre so, als bejammerten die Anhänger der parlamentarischen Demokratie den Zusammenbruch der British National Party / BNP (Infos dazu s. http://de.wikipedia.org/wiki/British_National_Party). Es war ein großer Tag für die Presse, als Murdoch vor 25 Jahren im Londoner Bezirk Wapping die Druckergewerkschaft besiegt hat (s. <http://www.zeit.de/1986/08/die-gefangenen-von-wapping>); aber vieles, was er auf seinen neuen Druckmaschinen drucken ließ, war eine große Enttäuschung für diejenigen unter uns, die an freie Märkte glauben, weil sie zur Emanzipation der Menschen beitragen können. Die Rechte hat sich selbst geschadet, als sie (Murdochs) Brutalität gedeckt hat.

Bei der Kreditkrise hat sich auf ähnliche Weise erwiesen, wie Emanzipation missbraucht werden kann. Die größere Freiheit, sich Geld zu borgen, die in den 1980er Jahren begann, war für die meisten Menschen von Vorteil. In einer Gesellschaft, in der nur schwer an Kredite zu kommen ist, können Newcomer nicht aufsteigen. Wie viele Kleinunternehmen könnten ohne Kredite gegründet und wie viele erste Häuser könnten ohne geliehenes Geld gekauft werden? Aber Kredite, die nur noch dazu dienen, den (täglichen) Konsum von Millionen Menschen zu finanzieren, sind etwas ganz anderes.

Und wenn die Banken, denen wir unser Geld anvertraut haben, es durch Spekulationen verlieren, aber nicht dafür bestraft werden, weil die Regierung ihre Verluste ersetzt, ist das sehr schlimm. Es hat sich nämlich herausgestellt, dass es stimmt, was die Linke immer behauptet hat: Ein System, das vorgibt, vielen Vorteile zu bringen, wurde so pervertiert, dass es nur noch der Bereicherung weniger dient. Das globale Bankensystem ist ein (völlig gefahrloser) Abenteuerspielplatz für die Banker geworden, mit einem geprüften, gut gepolsterten Sicherheitsboden, der sie wieder hochfedern lässt, wenn sie fallen. Und wir übrigen werden dafür auch noch zur Kasse gebeten.

Das Mantra der Kolumnisten zur Kreditkrise lautet: Jetzt ist alles ganz anders! Anders ist

vor allem, dass die Menschen den Glauben an den freien Markt und die westliche Demokratie verloren haben. Sie haben sich, Gott sei Dank, noch keinem neuen Glauben zugewandt, wie sie das in den 1930er Jahren taten, als sie dem Totalitarismus verfielen. Bisher sind sie nur bekümmert und misstrauisch geworden. Sie stellen sich allerdings die einfache Frage: "Was bleibt denn da für mich übrig?" Und sie erhalten keine befriedigende Antwort.

Letzte Woche habe ich mich in den USA hauptsächlich in Gesellschaft intelligenter Konservativen befunden. Ihre Kritik an den erstaunlich hohen Ausgaben des Präsidenten Obama und an dem Rekorddefizit (der USA) scheint mir berechtigt zu sein. Ich war aber entsetzt darüber, dass die wohlklingende Botschaft der Reagan-Ära jetzt so misstönend geworden ist. Im TV-Sender Fox News, einem anderen Murdoch-Medium, in dem ich während meines USA-Aufenthaltes kein Wort über seine Schwierigkeiten in Großbritannien gehört habe, marschierten stundenlang Republikaner auf, die damit drohten, den Versuch des Präsidenten, die Verschuldungsgrenze anzuheben, torpedieren zu wollen. Sie schienen von der unerschütterlichen wirtschaftlichen und politischen Stabilität ihres Staates überzeugt zu sein. Das ist aber ein Fehler. Der größte kapitalistische Staat der Geschichte ist jetzt vom Kapital anderer Länder abhängig, wenn er überleben will. Unter solchen Umständen könnte die westliche Demokratie schnell zu einem bedrohten Luxusgut werden. Wir schwenken zwar immer noch Fahnen mit der Parole "Leben in Freiheit und Glück", darunter könnte aber bald in kleinerem Druck "Made in China" zu lesen sein.

Die Schuldenkrise in der Eurozone wirkt wie die Satire eines linken Propagandisten auf die Macht des Geldes. Eine Einheitswährung wurde geschaffen. Eine einzige Bank kontrolliert sie. Keine demokratisch legitimierte Institution ist für deren Überwachung zuständig, und wenn Staaten der Eurozone sich zu hoch verschulden, müssen sich gewählte Regierungen fast jede Zumutung gefallen lassen, damit die Kreditgeber nicht in Schwierigkeiten geraten. Und was geschieht mit den Arbeitern? Sie verlieren im (portugiesischen) Porto, im (griechischen) Piräus, im (irischen) Puchestown und im (italienischen) Poggibonsi ihre Jobs, damit die Bankiers in Frankfurt und die Bürokraten in Brüssel nachts ruhig schlafen können.

Wenn wir die Menschen im Arabischen Frühling demonstrieren sehen, neigen wir zu der selbstzufriedenen Feststellung, dass die Menschen auf den Straßen die Freiheit haben wollen, die wir schon haben. Unsere Situation ist sicher besser als ihre. Aber ich bezweifle, dass westliche Regierungen die Protestierenden auf dem Tahrir-Platz genau so sehen, wie diejenigen, die 1989 die Berliner Mauer eingerissen haben. Wir sind bankrott – sowohl finanziell als auch moralisch.

Wir sollten beten, dass der Konservatismus gerettet wird, wie das in der Vergangenheit schon so oft der Fall war, weil die Linke so dumm ist. Der blinde Glaube der Linken an den Staat macht ihre Rezepte (zur Behebung der gegenwärtigen Misere) völlig wertlos. Der erste Schritt (zu unserer Rettung) muss die Einsicht sein, dass wir schon viel Boden verloren haben und uns nicht mehr viel Zeit bleibt, ihn wieder gutzumachen.

(Wir haben den Artikel, auf den wir erst durch eine ebenfalls lesenswerte Replik Frank Schirrmachers in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aufmerksam wurden (aufzurufen unter <http://www.faz.net/artikel/C30351/buergerliche-werte-ich-beginne-zu-glauben-dass-die-linke-recht-hat-30484461.html>), komplett übersetzt und mit Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Es ist doch höchst bemerkenswert, wenn Konservative wegen der Perspektivlosigkeit des Kapitalismus langsam ins Grübeln kommen, auch wenn sie es immer noch nicht lassen können, die sozialistische Alternative weiter anzugiften. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

The Telegraph

I'm starting to think that the Left might actually be right

What with the the phone-hacking scandal, the eurozone crisis and the US economic woes, the greedy few have left people disillusioned with our debased democracies.

By Charles Moore
22 Jul 2011

It has taken me more than 30 years as a journalist to ask myself this question, but this week I find that I must: is the Left right after all? You see, one of the great arguments of the Left is that what the Right calls “the free market” is actually a set-up.

The rich run a global system that allows them to accumulate capital and pay the lowest possible price for labour. The freedom that results applies only to them. The many simply have to work harder, in conditions that grow ever more insecure, to enrich the few. Democratic politics, which purports to enrich the many, is actually in the pocket of those bankers, media barons and other moguls who run and own everything.

In the 1970s and 1980s, it was easy to refute this line of reasoning because it was obvious, particularly in Britain, that it was the trade unions that were holding people back. Bad jobs were protected and good ones could not be created. “Industrial action” did not mean producing goods and services that people wanted to buy, it meant going on strike. The most visible form of worker oppression was picketing. The most important thing about Arthur Scargill’s disastrous miners’ strike was that he always refused to hold a ballot on it.

A key symptom of popular disillusionment with the Left was the moment, in the late 1970s, when the circulation of Rupert Murdoch’s Thatcher-supporting Sun overtook that of the ever-Labour Daily Mirror. Working people wanted to throw off the chains that Karl Marx had claimed were shackling them – and join the bourgeoisie which he hated. Their analysis of their situation was essentially correct. The increasing prosperity and freedom of the ensuing 20 years proved them right.

But as we have surveyed the Murdoch scandal of the past fortnight, few could deny that it has revealed how an international company has bullied and bought its way to control of party leaderships, police forces and regulatory processes. David Cameron, escaping skillfully from the tight corner into which he had got himself, admitted as much. Mr Murdoch himself, like a tired old Godfather, told the House of Commons media committee on Tuesday that he was so often courted by prime ministers that he wished they would leave him alone.

The Left was right that the power of Rupert Murdoch had become an anti-social force. The Right (in which, for these purposes, one must include the New Labour of Tony Blair and Gordon Brown) was too slow to see this, partly because it confused populism and democracy. One of Mr Murdoch’s biggest arguments for getting what he wanted in the expansion of his multi-media empire was the backing of “our readers”. But the News of the World and the Sun went out of the way in recent years to give their readers far too little information to form political judgments. His papers were tools for his power, not for that of his readers. When they learnt at last the methods by which the News of the World operated, they withdrew their support.

It has surprised me to read fellow defenders of the free press saying how sad they are that the News of the World closed. In its stupidity, narrowness and cruelty, and in its methods, the paper was a disgrace to the free press. No one should ever have banned it, of course, but nor should anyone mourn its passing. It is rather as if supporters of parliamentary democracy were to lament the collapse of the BNP. It was a great day for newspapers when, 25 years ago, Mr Murdoch beat the print unions at Wapping, but much of what he chose to print on those presses has been a great disappointment to those of us who believe in free markets because they emancipate people. The Right has done itself harm by covering up for so much brutality.

The credit crunch has exposed a similar process of how emancipation can be hijacked. The greater freedom to borrow which began in the 1980s was good for most people. A society in which credit is very restricted is one in which new people cannot rise. How many small businesses could start or first homes be bought without a loan? But when loans become the means by which millions finance mere consumption, that is different.

And when the banks that look after our money take it away, lose it and then, because of government guarantee, are not punished themselves, something much worse happens. It turns out – as the Left always claims – that a system purporting to advance the many has been perverted in order to enrich the few. The global banking system is an adventure playground for the participants, complete with spongy, health-and-safety approved flooring so that they bounce when they fall off. The role of the rest of us is simply to pay.

This column's mantra about the credit crunch is that Everything Is Different Now. One thing that is different is that people in general have lost faith in the free-market, Western, democratic order. They have not yet, thank God, transferred their faith, as they did in the 1930s, to totalitarianism. They merely feel gloomy and suspicious. But they ask the simple question, "What's in it for me?", and they do not hear a good answer.

Last week, I happened to be in America, mainly in the company of intelligent conservatives. Their critique of President Obama's astonishing spending and record-breaking deficits seemed right. But I was struck by how the optimistic message of the Reagan era has now become a shrill one. On Fox News (another Murdoch property, and one which, while I was there, did not breathe a word of his difficulties), Republicans lined up for hours to threaten to wreck the President's attempt to raise the debt ceiling. They seemed to take for granted the underlying robustness of their country's economic and political arrangements. This is a mistake. The greatest capitalist country in history is now dependent on other people's capital to survive. In such circumstances, Western democracy starts to feel like a threatened luxury. We can wave banners about "life, liberty and the pursuit of happiness", but they tend to say, in smaller print, "Made in China".

As for the plight of the eurozone, this could have been designed by a Left-wing propagandist as a satire of how money-power works. A single currency is created. A single bank controls it. No democratic institution with any authority watches over it, and when the zone's borrowings run into trouble, elected governments must submit to almost any indignity rather than let bankers get hurt. What about the workers? They must lose their jobs in Porto and Piraeus and Puchestown and Poggibonsi so that bankers in Frankfurt and bureaucrats in Brussels may sleep easily in their beds.

When we look at the Arab Spring, we tend complacently to tell ourselves that the people on the streets all want the freedom we have got. Well, our situation is certainly better than theirs. But I doubt if Western leadership looks to a protester in Tahrir Square as it did to someone knocking down the Berlin Wall in 1989. We are bust – both actually and morally.

One must always pray that conservatism will be saved, as has so often been the case in the past, by the stupidity of the Left. The Left's blind faith in the state makes its remedies worse than useless. But the first step is to realise how much ground we have lost, and that there may not be much time left to make it up.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern